



«Tom Barrack vermutet, dass Israel in der Region keine Grenzen mehr akzeptiert»

Interview mit Karin Leukefeld, freie Journalistin und Nahost-Expertin

Zeitgeschehen im Fokus *Israel fliegt immer wieder Bombenangriffe auf Jemen, um die Militärlager der Huthi zu treffen. Bisher lassen sich die Huthi nicht einschüchtern und sind weiterhin aktiv. Was ist ihr Ziel im aktuellen Konflikt?*

Karin Leukefeld Die jemenitische Huthi-Bewegung hat eine lange Geschichte des Widerstands gegen Staaten und deren Ansinnen, das Land zu besetzen und zu kontrollieren. Das richtete sich im 18. und 19. Jahrhundert gegen die britische Kolonialmacht. Jemen, im Süden der Arabischen Halbinsel gelegen, grenzt ans Rote Meer, an Saudi-Arabien, das erst nach dem Zweiten Weltkrieg strategischer Partner der USA wurde, ans Arabische Meer, von wo aus der Seeweg in die Strasse von Hormus führt. Und – nicht zu vergessen – es liegt nah an Dschibouti und Eritrea, also an Ostafrika.

Die südliche Arabische Halbinsel hatte seit Jahrhunderten eine Bedeutung für die europäischen kolonialen Länder und deren Handel mit Asien. Es gab Häfen. Insofern war es von Vorteil, diese strategisch wichtige Region zu kontrollieren. Noch immer ist diese Region von grosser Bedeutung. Die 5. US-Flotte zum Beispiel ist in Bahrein stationiert. In direkter Nachbarschaft, in Katar, ist die grösste US-Luftwaffenbasis der Region, Al Udeid, Sitz des Central Command (CENTCOM). Es gibt britische Stützpunkte in den Arabischen Emiraten und in Kuwait, wo auch die US-Armee ist.

Der Jemen war immer auf Un-
abhängigkeit bedacht. Im Nord-
westen des Landes, der sehr gebir-
gig ist, leben die Zaiditen, eine
Strömung des schiitischen Islam.
Aus diesen ist die Huthi-Bewe-
gung hervorgegangen, die Ansar
Allah.

Der Süden hat sich anders ent-

wickelt. Der Südwesten steht Sau-
di-Arabien näher. Die südöstlichen
Gebiete haben enge Kontakte zu
den Vereinigten Arabischen Emira-
ten, um nicht zu sagen, dass sie von
den Emiraten kontrolliert werden.

*Die Huthi lagen doch lange mit
Saudi-Arabien im Krieg.*

Ja. Um die aktuelle Situation zu
verstehen, sollte man die Hinter-
gründe kennen. Saudi-Arabien
führte sieben Jahre lang Krieg ge-
gen die Huthi, von 2015 bis 2022.
Obwohl Saudi-Arabien von den
USA unterstützt wurde, gab es
letztlich doch Druck der USA, Waf-
fenstillstandsverhandlungen unter
Vermittlung der Uno, zuzustimmen.
Die jeweils auf sechs Monate befr-
isteten Waffenstillstände wurden
verlängert, schliesslich gab es Frie-
densgespräche, Gefangene wur-
den freigelassen, und das wirkte
sich positiv auf die Nachbarschaft
aus. Israel verbreitet immer wieder
die Darstellung, die Huthi seien
vom Iran gesteuert. Auch in unse-
ren Medien wird das kolportiert.
Verschiedene Aussenminister Irans
haben sich mehrfach dazu geäus-
sert, auch in direkten Gesprächen
mit den USA. Tatsächlich wird die
Huthi-Bewegung von Iran unte-
stützt wie die Hamas, die Hisbollah
oder der Widerstand im Irak. Das ist
die «Achse des Widerstands», die
sich dagegen wehrt, dass westliche
Staaten die Region kontrollieren
und Einfluss nehmen. Israel ist, mit
Unterstützung vor allem der USA
und Deutschlands die westliche
Speerspitze in der Region. Der Iran
hat seine Unterstützung für die
Huthi Bewegung nie vertuscht,
aber er hat auch immer gesagt, dass
die Huthi selbst entscheiden, gegen
wen und gegen wessen Interessen
sie in der Region vorgehen.

Die aktuelle Situation wurde aus-
gelöst durch den 7. Oktober 2023.



Karin Leukefeld (Bild thk)

Am frühen Morgen war der Angriff
der Palästinenser auf die westisrae-
lischen Gebiete entlang des Gaza-
Streifens und wenige Stunden spä-
ter begann der israelische Angriff
auf Gaza, mit einer ungeheuren
Wucht. Daraufhin haben die Huthi
und die Hisbollah erklärt, sie wür-
den die israelische Armee und israe-
lische Interessen angreifen. Die An-
griffe waren von Anfang an
verknüpft mit der Forderung, Israel
müsse den Krieg einstellen und Ver-
handlungen führen. Israel hat sich
immer geweigert. Die Hisbollah
griff Armeestellungen im Norden
Israels an, die Huthi-Bewegung at-
tackierte vor allem Schiffe Israels
und von Verbündeten Israels im
Golf von Aden und im Roten Meer.
Der Westen hat Israel unterstützt.
Es gab eine Unterstützungsmission
der USA gegen die Huthi-Bewe-
gung und eine Unterstützungs-
mission der Europäer im Roten Meer.
Mit wenig Erfolg. Die Huthi operie-
ren geschickt und sind offensicht-
lich gut ausgebildet. Sie zeigten sich
auch gesprächsbereit. Es gab Ver-
handlungen mit der Trump-Admi-
nistration mit dem Ergebnis, dass
sie US-Interessen im Roten Meer
nicht mehr attackieren und sich nur
noch auf Israel konzentrieren.

*Was waren die Folgen des israeli-
schen Angriffs Ende August?*

Bei diesem Angriff auf Sanaa
wurden der Ministerpräsident und
neun seiner Minister getötet. Es

gibt zwei Regierungen, die sich als rechtmässig ansehen. Der Westen anerkennt die Regierung im Süden des Landes und nicht die Regierung in Sanaa. Einen Angriff Israels auf den Präsidentenpalast, um Regierungsmitglieder zu töten, hatte es bisher noch nicht gegeben. Die Huthi-Bewegung hat offenbar nicht damit gerechnet, dass Israel die Regierung bei einem Ministertreffen angreifen würde. So kamen die hohen Verluste zustande. Neben den zehn Regierungsmitgliedern starben noch zwei hochrangige Militärs. Die Huthi haben inzwischen erneut Raketen und Drohnen auf Israel abgefeuert. Sie zielen in der Regel auf den Ben-Gurion-Flughafen. Zuletzt zerstörten sie die Empfangshalle am Ramon Flughafen nahe Eilat in Südisrael.

Das Vorgehen der Huthi erinnert an die Strategie der Hisbollah, die ausschliesslich militärische Ziele angegriffen hat. Trifft das zu?

Es gibt zwischen der Hisbollah und der Huthi-Bewegung seit vielen Jahren Verbindungen. Für alle Mitglieder der «Achse des Widerstands» kam der Angriff der Hamas auf Israel überraschend. Sie wussten, dass etwas geplant war, das habe ich in vielen Gesprächen erfahren, aber Zeitpunkt und Vorgehensweise waren unklar. Als der Angriff erfolgte, begann die Hisbollah bereits am nächsten Tag «Entlastungsangriffe» auf die israelische Armee im Norden des Landes, und die Huthi griffen im Roten Meer an. Die Hisbollah hielt sich an die Formel des militärischen Gleichgewichts. Israel begann aber ganz massiv, im ganzen Land zu bombardieren und Führungspersonen der Hisbollah wie zum Beispiel Hassan Nasrallah, der sich in einem

Bunker eines Wohnviertels in Südbeirut befand, umzubringen. Die israelischen Angriffe mit Pägern und Walkie-Talkies hatte es so noch nie gegeben, mehr als 3000 Menschen waren betroffen. Das war eine neue Dimension der israelischen Kriegsführung und nicht nur ein Bruch der Formel des militärischen Gleichgewichts.

... und vom Westen nicht mit einer Silbe verurteilt.

Wenn der Vorgang erwähnt wurde, war sogar eine leichte Bewunderung für Israel herauszuhören. Bei einer Bundespressekonferenz in Berlin erkundigte sich ein Journalist bei den Regierungspresesprechern, ob so etwas auch in Deutschland passieren könne, schliesslich würden Päger auch im Bundestag, in Kliniken, an Flughäfen, selbst in grossen Unternehmen eingesetzt. Die Antwort war: «Alles sicher». Uno-Offizielle haben allerdings deutlich darauf hingewiesen, dass so etwas internationales humanitäres Recht und das internationale Kriegsvölkerrecht bricht.

Es gab vor ein paar Tagen die Meldung, dass Israel auf alle Fälle den Süden des Libanons vollständig besetzen und wohl auch annektieren möchte. Liegen Ihnen dazu Erkenntnisse vor, und hat das etwas mit dem Rückzug der Hisbollah aufgrund der Waffenruhe zu tun?

Das Abkommen zur Waffenruhe wurde von den USA und Frankreich vermittelt: auf der einen Seite Libanon, auf der anderen Seite Israel. Im Libanon wurde der Kontakt über den Parlamentspräsidenten Nabih Berri zur Hisbollah hergestellt, sie ist mit vier Ministern in der Regierung vertreten. Die Uno-Sicherheitsratsresolution 1701 von

2006 ist die Grundlage für diese Waffenruhe. 1701 beschreibt den Auftrag der Unifil-Mission nach dem Krieg 2006 zwischen Libanon (Hisbollah) und Israel. Allerdings ist die Unifil bereits seit 1978 im Südlibanon. Damals ging es darum, den Rückzug der israelischen Besatzungstruppen zu überwachen. Die Unifil überwacht ein Gebiet im Süden des Libanon zwischen der Waffenstillstandslinie, der «Blauen Linie» bis zum Litani-Fluss – das ist ein rund 30 Kilometer breiter Streifen. Ziel der Mission ist der Rückzug Israels aus diesem Gebiet, Abzug der Hisbollah und ihrer Waffen und die Stationierung der libanesischen Armee, die das Gebiet zunächst mit Unterstützung der Unifil kontrollieren soll. Die Hisbollah stimmte dem Abkommen zu und begann, die Stützpunkte zu räumen. Die Unifil unterstützte die libanesische Armee, sich dort zu stationieren. Die militärischen Einrichtungen der Hisbollah wurden registriert und die Waffen der libanesischen Armee übergeben.

Und Israel...

... hält sich an nichts und hat über 800 Häuser in diesem südlichen Streifen im Libanon zerstört und damit ganze Dörfer dem Erdboden gleich gemacht. Es besetzte fünf Stützpunkte, und um diese Stützpunkte herum errichtete die israelische Armee Pufferzonen. Die Stützpunkte sind auf Hügeln, von wo aus man die Umgebung kontrollieren, aber von Nordisrael aus nicht richtig einsehen kann. Die israelische Armee schoss sozusagen auf alles, was sich ihr näherte, egal ob das die libanesische Armee oder die Bevölkerung war, die ihre Dörfer wieder aufbauen wollte. Die Armee verhinderte das mit mi-

Impressum

Zeitgeschehen im Fokus

Erscheinung: ca. 18mal jährlich

Herausgeber Verein *Zeitgeschehen im Fokus* | Postfach | CH 8305 Dietlikon

Redaktion Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger (hng), Thomas Kaiser (thk), Reinhard Koradi (rk)

Produktion und Gestaltung Robert Hofmann (roho), Andreas Kaiser (ak)

Kontakt redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch

Online www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

© 2025 für alle Texte und Bilder bei der Redaktion. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle.

Abonnieren Sie

Zeitgeschehen im Fokus

Online-Ausgabe CHF/Euro 50.00/Jahr

Print-/Online-Ausgabe CHF/Euro 80.00 Jahr

Einzelausgabe: CHF/Euro 5.00

WIR-Bank-Konto 679.098-07.1800

IBAN CH32 0839 1679 0980 7180 0

Bestellung abo@zgif.ch

Online www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

litärischer Gewalt. Sie griff auch die Unifil an. Das geschah sowohl während des Krieges mit der Hisbollah als auch danach. Vor ein paar Tagen gab es einen erneuten Drohnenangriff auf eine Unifil-Einheit, die eine Barriere wegräumen wollte, um zu einem ihrer eigenen Stützpunkte zu gelangen. Die israelische Armee bombardiert nahezu täglich im Libanon und hat dabei mehr als 250 Menschen getötet. Auch in Beirut hat sie – trotz Waffenruhe – zwei Mal wieder angegriffen.

Wie begründet Israel, hier zu wüten wie im Gaza-Streifen? Bekanntlich gab es keinen Angriff aus dem Libanon.

Gerechtfertigt hat Israel es damit, dass die USA ihm das Recht dazu gegeben hätten. Die Waffenruhe hat eine offizielle Ebene, und dann gibt es noch eine Sondervereinbarung zwischen den USA und Israel, und zwar, dass Israel dorthin schießen und Territorium besetzen kann, von wo aus es sich bedroht fühlt. Das hat auch Tom Barrack, der als US-Sonderbeauftragter für den Libanon zuständig ist, bestätigt. Er hat auch die komplette Entwaffnung der Hisbollah eingefordert. Die Vorschläge Barracks sind im Libanon hoch umstritten. Differenzen gab es zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten, doch letzterer setzte den Barrack-Plan für die Entwaffnung der Hisbollah schliesslich durch. Die Minister von Amal und Hisbollah verliessen die Kabinettsitzung vor der Abstimmung aus Protest. Und Tom Barrack vermutet in einem Interview, dass Israel in der Region keine Grenzen mehr akzeptiert. Die USA unterstützen also den Bruch der internationalen Regeln. Das i-Tüpfelchen war das Mandat für die Unifil-Mission, das jährlich genehmigt werden muss. Das geschieht im Uno-Sicherheitsrat jeweils Ende August. Israel hat schon während des Krieges gefordert, dass die Unifil abziehen soll. Sie blieb jedoch in ihren Stellungen trotz der Gefahren, denen sie sich aussetzte. Die USA zogen ihre Gelder für die Mission zurück und kündigten an, jede Verlängerung der Mission zu verhindern. Man einigte sich dann auf

eine Resolution, wonach die Unifil-Mission für ein Jahr fortgesetzt wird. Danach soll sie beendet werden. Ende Juni traf ich den Unifil-Sprecher in Naqoura, dem Hauptquartier. Er deutete den Konflikt schon an und sagte, dass ein Abzug der Unifil für die Libanesen bedeute, keinen internationalen Schutz mehr zu haben. Die libanesische Armee ist schwach und wird nicht in der Lage sein, dieser hochgerüsteten israelischen Kriegsmaschinerie etwas entgegenzusetzen.

Israel will also keine Grenzen mehr anerkennen. Was es seit Jahren in der Region praktiziert, ist eine völlige Missachtung jeglicher internationaler Normen. Was wird bei dieser Politik im Gaza-Streifen und im Westjordanland geschehen?

Der Gaza-Streifen, insbesondere Gaza-Stadt, wird seit Anfang März, als Israel die vereinbarte Waffenruhe gebrochen hat, täglich bombardiert. Die Ankündigung, man werde eine Offensive starten, ist reine Propaganda. Die Bombardierungen halten schon seit Monaten an. In Gaza-Stadt leben eine Million Menschen. Seit Tagen heisst es in unseren Medien, die israelische Armee kontrolliere bereits 40 Prozent der Stadt, die Prozentzahl ändert sich seit zwei Wochen nicht. Die Armee scheint grosse Schwierigkeiten zu haben, die Stadt zu erobern. In Gaza-Stadt werden Häuser, Schulen, Zelte bombardiert. Es wurden inzwischen weitere Journalisten von der israelischen Armee getötet. Man kann davon ausgehen, dass es täglich 50 Tote gibt, wahrscheinlich sind es mehr. Auch die Vertreibung in sogenannte sichere Zonen bietet keine Sicherheit, denn auch dort werden die Menschen von der Armee angegriffen. Am Strand drängt sich Zelt an Zelt, die Menschen wissen auch nicht mehr, wo sie noch hingehen sollen. 90 Prozent der Infrastruktur in dem palästinensischen Küstengebiet ist völlig zerstört. Es ist eine absolut desolate Lage, die unvorstellbar ist. Viele bleiben in Gaza-Stadt weil sie krank, behindert oder zu schwach sind, die Stadt zu verlassen. Auch ist der Transport teuer, und die wenigsten können ihn sich leisten, auch wenn sie dringend

darauf angewiesen wären. Die Menschen haben einfach keine Ressourcen mehr. Seit zwei Jahren werden sie bedroht, verjagt, missandelt und getötet – und die Welt schaut zu.

Was soll denn mit den Menschen geschehen, wenn der zynische Plan Trumps, aus dem Gaza-Streifen eine Riviera des Nahen Osten zu machen, tatsächlich Realität werden sollte?

Netanjahu sagte in einem Interview vor wenigen Wochen, dass Ägypten den Grenzübergang öffnen solle und die Palästinenser den Gaza-Streifen verlassen sollten. Israel würde ihn auch öffnen, damit die Menschen den Gaza-Streifen verlassen könnten. Er wies die Schuld, wenn die Grenze nicht geöffnet wird, Ägypten zu. Dabei ist klar, dass Ägypten nicht zwei Millionen Menschen aufnehmen kann. Die Regierung Ägyptens – und übrigens alle anderen arabischen Staaten – stellt sich auf den Standpunkt, die Palästinenser sollten einen Staat haben und der Gaza-Streifen, das von Israel 1968 besetzte Westjordanland und Ostjerusalem sei ihr Territorium. Israels Vorgehen ist völkerrechtswidrig, und Ägypten und die arabischen Staaten stehen da ganz auf dem Boden des Völkerrechts. Wenn Netanjahu sagt, er öffne die Grenzen, kann man ganz sicher sein, dass die Palästinenser nie mehr in den Gaza-Streifen zurückkommen können. Noch nie seit 1948 haben die Palästinenser, wenn sie vor Krieg und Tod geflohen sind oder vertrieben wurden, in ihren Lebensraum zurückkehren können.

Kommen wir noch auf das Westjordanland zu sprechen. Man kann sich kaum vorstellen, dass dort die Stimmung gegenüber den Palästinensern eine andere ist. Wie wird dort vorgegangen?

Im Westjordanland sagen die rechtsextremen Siedler sehr deutlich, was sie wollen. Die Siedlungen im Westjordanland, im Gaza-Streifen, im Südlibanon und auf den annektierten syrischen Golanhöhen wollen sie ausbauen. Im Westjordanland sollen 3400 neue Wohneinheiten gebaut werden.

Sie sollen in einem Gebiet entstehen, das als E1 bekannt ist. Dieses Gebiet liegt zwischen Ostjerusalem, der Hauptstadt des palästinensischen Staats, und Ma'ale Adumim, einer grossen jüdischen Siedlung auf palästinensischem Territorium. Wenn dort 3400 Wohneinheiten gebaut werden, wird Ostjerusalem vollständig von israelischen Siedlungen umgeben und vom Westjordanland abgeschnitten sein. Finanzminister Smotrich, der die Gelder für die Wohneinheiten bewilligt hat, sagte, er mache das gerne, denn damit werde ein palästinensischer Staat verunmöglicht.

Wir hören wenig über die täglichen Angriffe auf palästinensische Dörfer und palästinensische Flüchtlingslager. Jeden Tag gibt es Tote, und Menschen werden verhaftet. Israel zerstört die Häuser der Palästinenser. Das sind Vorgänge im Schatten des Gaza-Kriegs, die nur wenige Journalisten beobachten und öffentlich machen. Die Entwicklung im Westjordanland ist menschenverachtend und gewalttätig. Alle Palästinenser, die jetzt vertrieben werden, erleben das nicht zum ersten Mal. Alle Familien sind schon seit 1948 Vertriebene.

Was sagt die israelische Bevölkerung zu der ganzen Entwicklung?

Es gibt massive Proteste gegen Netanjahu, auch vor seinem Wohnhaus. Die Kerngruppe der Demonstranten sind die Angehörigen der noch lebenden Gefangenen. Die Hamas hat einer internationalen Vermittlergruppe zugestimmt, die aber nicht nur aus Ägypten und Katar bestehen soll, sondern auch aus den USA. Witkoff hatte bereits im April/Mai eine Waffenruhe und die Freilassung der übrigen Geiseln verlangt. Zuerst sollten zehn freikommen und dann die übrigen sowie die Verstorbenen, die noch im Gaza-Streifen sind. In den israelischen Medien wird mehr über die Freilassung der israelischen Geiseln gesprochen als über die gefangenen Palästinenser in Israel. Es gibt täglich Proteste in Israel. Die Menschen fordern, eine Verhandlungsdelegation nach Kairo zu schicken und dem Vorschlag zuzustimmen. Die israelische Regierung hat die

Forderungen wieder etwas variiert. Das geht schon seit zwei Jahren so. Immer wenn eine Einigung erzielt ist, ändert Netanjahu seine Position, und es muss neu verhandelt werden. Ob Katar sich nach dem aktuellen Angriff auf seine Souveränität weiterhin mit Israel an einen Tisch setzen wird, ist im Moment fraglich. Israel könnte mit dieser Attacke eine Verhandlungslösung zunichte gemacht haben. Wahrscheinlich war das das Ziel.

Netanjahu beziehungsweise der Oberbefehlshaber der israelischen Armee hat die Mobilisierung von 60 000 Reservisten angeordnet. Wie gehen die Betroffenen damit um?

Es ist unklar, wer diesen Dienst überhaupt antritt. Es gibt etliche Berichte darüber, dass einige den Dienst verweigern und lieber ins Gefängnis gehen, oder sie treffen persönliche Vereinbarungen, dass sie nur am Wochenende zur Verfügung stehen müssen. Die Stimmung in der israelischen Armee ist schlecht, die Soldaten sind ausgeleugert. Es gibt inzwischen sehr viele Verletzte, auch traumatisierte Soldaten, etliche Suizide von denjenigen, die aus dem Gaza-Streifen zurückkommen. Alles kann dazu beitragen, dass das Vorhaben implodiert, aber noch wird Israel weiterhin kräftig von den USA, von Deutschland, Grossbritannien und Frankreich unterstützt. Emmanuel Macron ist im Moment allerdings Persona non grata, weil er angekündigt hat, Palästina als Staat anzuerkennen.

Das Verhalten von Israel stösst zumindest verbal auf Kritik, aber das Land wird von keinem Staat deutlich zurückgebunden. Der unglaubliche Angriff auf Doha macht den Unterstützern Israels etwas Mühe, doch auch hier wird wie in anderen Fällen wohl bald niemand mehr davon sprechen. Noch vor dem Angriff auf Doha hat die Türkei angekündigt, den Handel mit Israel einzustellen.

Die Äusserungen Erdogans über Israel sind vor allem etwas für die muslimische Bevölkerung im eigenen Land. Die Kontakte zwischen Israel und der Türkei sind nur unwesentlich eingeschränkt worden, insbesondere, was den Handel mit

Energie betrifft beziehungsweise Stromlieferungen und Öl. Was Israel aus Aserbeidschan bekommt, läuft über die Türkei und wird dann nach Israel geliefert. Es gab eine Situation, in der Netanjahu über die Türkei fliegen musste, was die Türkei nicht genehmigte. Die türkisch-muslimische Bevölkerung steht eindeutig auf der Seite der Palästinenser. Die Türkei hatte auch die erste Freiheits-Flotte im Mai 2010 nach Gaza entsandt, um die Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen. Gaza ist ja seit 2007 unter israelischer Blockade und abgeriegelt. Die Aktion endete mit der Erstürmung des Schiffes, die Mavi Marmara (Blaues Marmarameer). Das israelische Sonderkommando tötete 10 Personen an Bord. Als Reaktion auf Israels Angriff hatte die Türkei damals die Handelsbeziehungen kurzfristig unterbrochen. Die Türkei steht natürlich auch unter dem Druck der Nato. Das sieht man an Ankündigungen der Türkei, die dann nicht umgesetzt werden. Aber es gibt noch einen anderen massiven Konflikt zwischen Israel und der Türkei, und der hat seinen Ursprung in Syrien.

Inwiefern?

Es kam vor kurzem zu blutigen Zusammenstössen zwischen Druzen und Beduinen, und es gab Massaker an den Alawiten. Die Provinz Suwaida im Süden Syriens war im Juni aufgrund gewalttätiger, auch militärischer Auseinandersetzungen im Fokus. Hier hat sich Israel eingemischt. Die israelische Armee drang nach dem Umbruch Anfang Dezember 2024, als die Islamisten unter Al Sharaa die Macht in Syrien übernommen hatten, noch am gleichen Tag über die Golanhöhen an der Pufferzone, die von der UN-Mission (UNDOF) kontrolliert wird, vorbei ins Land ein. Die israelische Luftwaffe bombardierte die Stützpunkte des syrischen Militärs in über 500 Angriffen. Das fand in der westlichen Presse so gut wie keine Beachtung. Israel rechtfertigte die Angriffe damit, dass in Syrien Islamisten an der Macht seien, man müsse Israel schützen.

Die Türkei kooperiert seit Anfang des Krieges in Syrien im Jahre 2011 eng mit der islamistischen Gruppe

von Achmet al Sharaa. Aber nicht nur die Türkei. Die Nato und die USA sowie einige der arabischen Golfstaaten unterstützten diese Gruppe schon während des Syrien-Krieges und versorgten sie mit Waffen. Israel griff in den Konflikt in Suwaida ein mit der Erklärung, die Schutzmacht der Drusen zu sein. Das Gleiche bot es auch den Kurden gegenüber der Türkei an. Das würde eine militärische Auseinandersetzung der Türkei mit den Kurden verhindern. Israel hat bereits nördlich von Damaskus bombardiert, um die Türkei daran zu hindern, eine Militärbasis zu etablieren. Analysten sehen einen tiefen Interessenskonflikt zwischen der Türkei und Israel in Syrien, was auch zum Krieg führen könnte.

Wird hier nicht ein alter Plan ausgegraben beziehungsweise umgesetzt?

Die Türkei will ihren Einfluss im Norden Syriens ausdehnen und strebt auch Präsenz in Damaskus an. De facto geschieht das bereits durch Ahmed Al Sharaa, der seit dem Syrienkrieg enge Beziehungen mit dem türkischen Geheimdienst hat. Der Plan, den Israel verfolgt, geht auf Theodor Herzl, den Begründer des Zionismus, zurück, der ein Grossisrael, Erez Israel, erschaffen wollte: von den Golanhöhen über Syrien bis an den Euphrat, und somit in das Kerngebiet des Irak. Daran hat die zionistische Be-

wegung auch seit der Staatsgründung Israels immer gearbeitet. Seit den 60er-Jahren hat Israel enge Beziehungen zu den Kurden im Nordirak aufgebaut und von dort aus mit dem Beginn des Syrienkriegs die Kontakte zu den Kurden in Nordostsyrien gestärkt. Auch hat es seit Jahrzehnten mit den drusischen Stämmen im Süden Syriens Kontakte gehabt und wollte sie immer dazu bringen, sich von Syrien abzuspalten. Das Interesse Israels ist, Syrien in kleinere Einheiten aufzuteilen. Die eigenen Interessen will es durch einen Korridor, den David-Korridor, verfolgen. Dieser Korridor soll von den Golanhöhen über Syrien bis zum Euphrat in den Irak führen. Damit wäre die Türkei betroffen, denn durch Syrien verlaufen zentrale Nord-Süd-Handelsrouten in die arabischen Golfstaaten. Der Iran wäre davon betroffen, weil er über Syrien Kontakt zum Mittelmeer hat, zur Hisbollah und zum Libanon. Auch Saudi-Arabien und Katar wären betroffen, weil sie Pipelineprojekte haben, die über Syrien in die Türkei oder auch an die östliche Mittelmeerküste führen sollen. Ein altes Projekt, auch bekannt als «TAP-Line», die Trans-Arabische Pipeline. Das Vorhaben Israels wird zu einem Chaos in der Region führen. Die Israelis sind bereits in Suwaida. Um ihren Einfluss zu stärken, unterstützen sie diejenigen, die eine Autonomie wollen. Diese Forderung gibt es bei den

Kurden schon lange. Bei den Drusen ist diese Forderung eher nach dem politischen Umbruch in Syrien Ende 2024 laut geworden. Israel unterstützt diese Tendenz auch mit dem Angebot, diese Gruppen zu schützen. Nach den Golanhöhen und Suweida hat Israel für seinen Korridor in Richtung Euphrat einen nächsten Ankerplatz mit der grossen US-Militärbasis al Tanf, die auch von einer Pufferzone umgeben ist. Diese illegal errichtete Basis liegt auf syrischem Territorium am Grenzübergang al Tanf, der seit Generationen für den Ost-West-Handel zwischen Iran, Irak, Jordanien, Syrien und Libanon wichtig ist. Und früher auch für Palästina. Von diesem Ankerpunkt aus kann Israel direkt zu den Kurden in Nordostsyrien Kontakt aufnehmen. Die USA, die Anti-IS-Allianz und ihre Bodentruppen, die Kurden, sind bereits am Euphrat, am irakisch-syrischen Grenzübergang Al Qaim. Israel könnte entlang der jordanisch-irakischen Grenze bis zum Euphrat seinen Korridor durch Syrien errichten. Das ist ein Plan, über den in Syrien und Israel viel gesprochen wird.

Frau Leukefeld, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser